

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 23 / 44. Jg.

5. Juni 1931

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zust. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hüb, Berlin W 9. - Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## DIE GEWERKSCHAFTEN GEGEN DIE VERSTÜMMELUNG DER SOZIALVERSICHERUNG

Die Spitzenverbände der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und der Verband der Deutschen Gewerksvereine (HD.), haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie sich entschieden gegen die in der Öffentlichkeit erörterten und von den Arbeitgeberverbänden propagierten Pläne zur Einschränkung der Sozialversicherungsleistungen wenden. Weitere Einschränkungen zu den bereits durchgeführten Verschlechterungen der Sozialversicherung würden, heißt es in der Eingabe, die Existenz der Arbeiterschaft in Frage stellen. „Sie müssen daher von den Gewerkschaften mit Entschiedenheit abgelehnt werden... Eine noch weitere Verschlechterung der Leistungen würde noch weitere breite Volksmassen einem ungesunden Radikalismus in die Arme treiben und den Bestand des Staates gefährden.“

I.

Die Denkschrift der Spitzenverbände geht aus von der mißlichen Lage der Reichsfinanzen. Sie verwirft aber den Gedanken, die mangelnde Übereinstimmung zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt durch Ersparnisse an den Ausgaben für soziale Zwecke herzustellen, und verweist die Reichsregierung auf den Weg der Erschließung neuer Einnahmen. „Ohne Zweifel gibt es auch in Deutschland noch leistungsfähige Schichten, die für die Schaffung neuer Einnahmequellen herangezogen werden könnten, aber gerade diese haben in den letzten Jahren am stärksten in der Öffentlichkeit Stimmung dafür gemacht, daß die Ausgaben für soziale Zwecke zu groß sind.“

Die Eingabe beschäftigt sich sodann eingehend mit den Verhältnissen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung sowie mit den Angriffen gegen diese Versicherungsweige. Zugleich unterbreiten die Gewerkschaften ihrerseits Vorschläge zur Reform dieser Versicherungen und zur Behebung ihrer Notlage. Wir geben diese Teile der Denkschrift ohne wesentliche Kürzungen wieder:

### Zur Unfallversicherung

... Die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung für das Jahr 1929 betragen nach den „Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung“ (Heft 12 vom 25. Dezember 1930) 410 719 400 RM. Das dafür erforderliche Umlage-Soll belief sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 12,47 RM. pro 1000 RM. der Umlage zugrunde gelegten Löhne. Die Belastung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist wesentlich geringer; sie beläuft sich auf nur ein knappes Drittel der Umlagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Auf einen Versicherten berechnet betrug die Gesamtausgabe in der Unfallversicherung im Jahre 1929 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 24,10 RM., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 5,99 RM., bei den Ausführungsbehörden 23,51 RM.

Für Entschädigungen wurden im Jahre 1929 ausgegeben 340 880 300 RM. Dieser Betrag mußte jedoch unter 1 025 293 Renteneempfängern aufgeteilt werden. Angesichts einer Zahl von rund 24 Millionen Versicherten ist die Zahl von rund 1 Million Renteneempfänger als nicht zu hoch zu bezeichnen.

Wenn bei einzelnen Trägern der Unfallversicherung vorübergehend eine höhere Umlage als in normalen Zeiten zur Deckung der laufenden Ausgaben erhoben werden muß, dann rechtfertigt dies noch nicht einen allgemeinen Abbau der Renten. Dieser bei einzelnen Berufsgenossenschaften zur Zeit bestehende Notstand, gleichgültig, ob er durch die Wirtschaftskrise oder durch Rationalisierungsmaßnahmen in den betreffenden Gewerbebezügen hervorgerufen worden ist, könnte mit der Einführung einer Gemeinlast der Versicherungsträger der Unfallversicherung überbrückt werden, ähnlich wie sie bereits in der Invalidenversicherung besteht.

Die von den Arbeitgeberverbänden unterbreiteten Vorschläge auf Kürzung der Unfallrenten unter 50 v. H. Erwerbsbeschränkung und die zwangsweise Abfindung der Renten von 25 v. H. abwärts, ebenso die Heraussetzung der Invaliditätsgrenze bei Witwen von Unfallverletzten sind in ihrer Auswirkung von verheerenden Folgen. Sie würden, abgesehen von allem anderen, zur Folge haben, daß die von der Kürzung betroffenen Rentenbezieher für diesen Ausfall die Wohlfahrts-

kassen der Gemeinden in Anspruch nehmen müßten. Ganz besonders aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes der überwiegende Teil der Unfallbeschädigten so gut wie keine Aussicht auf Beschäftigung hat. Das gleiche trifft zu, auf die verlangte Beseitigung der Renten bei Unfällen auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle. Diese Rentenversorgung ist doch nicht ohne Not nach jahrzehntelanger Erfahrung in der Rechtsprechung der Spruchämter zur Einführung gekommen. Die für die Unfallversicherung verlangte Ausgaben-einschränkung bedeutet in Wirklichkeit nur eine Abwälzung der bisher den Berufsgenossenschaften obliegenden Unterhaltungspflicht auf die Kassen der Gemeinden, wobei wieder zu beachten ist, daß durch die Unfallversicherung die private Haftung der Betriebe bei Unfallverletzungen abgelöst ist.

In ähnlicher Weise würde sich die gleichfalls vorgeschlagene Neuordnung der Lastenverteilung zwischen Krankenversicherung und Unfallversicherung zum Nachteil der Krankenkassen auswirken. In beiden Teilen geht die Absicht der Unternehmerverbände dahin, die bisher von ihnen allein getragenen Lasten anderen Schultern, die keineswegs leistungsfähiger sind, aufzuerlegen.

Die allgemeine Kürzung der Renten würde die Renteneempfänger aus der Vorkriegszeit doppelt hart treffen. Deren Renten wurden im Jahre 1925 neu festgesetzt. Die nach dieser Zeit eingetretene Erhöhung der Jahresarbeitsverdienste ist bisher für sie ohnedies unberücksichtigt geblieben.

Auf das entschiedenste muß aber der Auflegung von Kosten im Rechtsmittelverfahren entgegengetreten werden. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege war bisher ein fundamentaler sozialversicherungsrechtlicher Grundsatz von hoher sozialer Bedeutung. Die Beseitigung dieses Grundsatzes muß die Verletzten, also die wirtschaftlich Schwächsten der arbeitenden Bevölkerungsschichten, auf das schwerste bedrücken und ihr Vertrauen zur Rechtspflege tief erschüttern.

Wir sind der Ansicht, daß Ersparnisse bei der Unfallversicherung auch durch die Zusammenlegung einer Anzahl kleinerer Berufsgenossenschaften oder durch ihre Angliederung an größere erzielt werden könnten. Die Verwaltungsausgaben dürften sich dadurch verringern. Zur Zeit verschlingt die berufsgenossenschaftliche Verwaltung 10,07 v. H. der Gesamtausgaben. Dieser Satz ist, gemessen an den Verwaltungskosten der anderen Zweige der Sozialversicherung, außerordentlich hoch. Die von den Arbeitgeberverbänden vorgeschlagene Herausnahme des kaufmännischen und verwaltenden Teiles eines Unternehmens aus der Unfallversicherung stellt für den einzelnen Unternehmer eine nur geringe Entlastung dar, bedeutet aber andererseits eine wesentliche Schwächung der Unfallversicherung. Demgegenüber scheint es uns vielmehr notwendig, die Unfallversicherung weiter auszudehnen, um auf diese Weise die Last der Ausgaben auf breitere Schultern zu legen.

Ferner muß zur Erreichung einer Minderung der Rentenlast in der Unfallversicherung dem Eintreten neuer Rentenfälle stärker als bisher vorgebeugt werden. Das kann durch den Ausbau der Unfallverhütung erreicht werden. Für die Unfallverhütung (Betriebsüberwachung) wurden im Jahre 1929 ausgegeben bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 7 619 500 RM. = 2,6 v. H. der Gesamtausgaben, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1 048 700 RM. = 1,5 v. H. der Gesamtausgaben. Die Kosten der Unfallverhütung pro Betrieb betragen bei den gewerblichen

Berufsgenossenschaften 7,07 RM., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sogar nur 2,27 RM. Von den Gesamtausgaben von 410 Millionen entfallen also nur 8 668 000 RM. auf die Verhütung von Unfällen, jedoch über 41 Millionen RM. auf Verwärtungskosten.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß mit dem geringen für die Unfallverhütung verausgabten Betrag eine wirksame Überwachung der Betriebe und damit ein ausreichender von uns für dringend notwendig gehaltener Schutz der Versicherten gegen Berufsgefahren nicht zu erreichen ist. In diesem Zusammenhang muß noch darauf hingewiesen werden, daß bei den Ausführungsbehörden (staatliche Eigenunfallversicherung) ein Aufsichtsapparat vollkommen fehlt. Dementsprechend liegt dort die Ziffer für entschädigte Unfälle wesentlich höher als bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die von den Ausführungsbehörden umfaßten Betriebe künftig in ähnlicher Weise zur Durchführung der Unfallverhütung überwacht werden wie Privatbetriebe.

Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch uns notwendig. Sie darf aber nicht nach den Vorschlägen der Arbeitgeberverbände vollzogen werden. Vor allem darf dabei auch vor der Verwahrung der Berufsgenossenschaften nicht haltgemacht werden. Eine Mitwirkung der Versicherten in der Verwaltung fehlt jetzt vollkommen. Die Versicherten haben zur Zeit nur bei der Beratung und Beschlußfassung von Unfallverhütungsvorschriften (§ 853), bei der Stellungnahme zu den Jahresberichten (§ 857) und bei der förmlichen Feststellung von Leistungen (§ 1569b der RVO.) mitzuwirken. Der Artikel 161 der Reichsverfassung spricht von maßgebender Mitwirkung der Versicherten, ohne daß diese Zusage bisher eingelöst worden ist. Wir verlangen daher, daß den Versicherten in der Unfallversicherung auch eine gleichberechtigte Mitwirkung eingeräumt wird.

Erweiterungsbedürftig ist auch die Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten. Die Verordnung über Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 stellt ferner die Entschädigungspflicht bei einigen Krankheiten, insbesondere bei Staublung und Hauterkrankungen, nur auf bestimmte Betriebe ab, obwohl in dabei nicht erfaßten Betrieben gleich schwere Berufserkrankungen vorliegen. Die bedauernswerten Betroffenen bleiben ohne Schadenerschädigung, obwohl ausschließlich der Umgang mit in der Industrie erforderlichen Chemikalien oder Maschinen ihre Gesundheit und Lebenskraft ruiniert hatte.

Von der Möglichkeit, Übergangrenten bei erforderlichem Berufswechsel zu gewähren, haben die Berufsgenossenschaften nur in äußerst geringem Ausmaße und in nur sehr wenigen Fällen Gebrauch gemacht.

Wir bringen diese Hinweise auf die notwendige Erweiterung der Aufgaben der Unfallversicherung, weil nach unserer Ansicht diese Erweiterung und nicht ein Abbau der Leistungen und eine Abwälzung der Lasten erforderlich sind.

Die Gewerkschaften lehnen die Vorschläge der Arbeitgeberverbände zur Reform der Unfallversicherung ab, weil damit eine bessere Fundierung dieses Teiles der Sozialversicherung nicht eintritt, sondern nur eine Entlastung der Unternehmer zum Nachteil der Unfallverletzten oder ihrer Angehörigen sowie der Krankenkassen.

Die Vorschläge der Unternehmer laufen in ihrer Gesamtheit auf eine fünfzigprozentige Beseitigung der gesamten Unfallversicherung hinaus. Ihre

Durchführung würde auch das sozialpolitische Ansehen Deutschlands schwer schädigen. Ihre Auswirkung würde eine Verelendung der durch Berufsunfälle in ihrer Gesundheit geschädigten Arbeiter bedeuten. Der Schutz der Unternehmer vor privater Haftung würde weiter in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben. Die allgemeine Wohlfahrtspflege würde nur neue untragbare Lasten zugewiesen erhalten.

Wir gehen deshalb der Erwartung Ausdruck, daß der Herr Reichsarbeitsminister dem Verlangen der Denkschrift der Unternehmer nicht Rechnung tragen wird. Die derzeitige Notlage der Volkswirtschaft darf nicht dazu Anlaß geben, einzelne Zweige der Sozialversicherung, die doch seit Jahrzehnten der Stolz des Deutschen Reiches ist, in der vorgeschlagenen Art auf das ungeheuerlichste zu beschneiden.

Zu einer Reform der Unfallversicherung halten die Gewerkschaften für erforderlich:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinkast für alle Träger der Unfallversicherung;
3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

## Niedergang des Kapitalismus — Aufstieg des Sozialismus

Die gegenwärtige Krise ist die schwerste Erschütterung, die die kapitalistische Wirtschaft bisher erfahren hat, — wenn man den Krieg ausschaltet. Ob es die Todeskrise des Kapitalismus sein wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Die marxistische geschulte Arbeiterschaft weiß, daß der Kapitalismus keine „ewige Wirtschaftsordnung“ sein kann, sondern daß er notwendig in den Sozialismus münden muß. Unsere Zeit geht mit Riesenschritten vorwärts. Die Basis des Kapitalismus ist bereits erschüttert. Er hat sich nicht nur als unfähig erwiesen, die gewaltige Entfaltung der produktiven Kräfte zu organisieren, sondern er hat auch einen schweren Rückschlag zu verantworten.

Wohin hat uns der Kapitalismus geführt? Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft liegt fast zur Hälfte brach. Die Landwirtschaft führt ein Treibhausdasein hinter Zollmauern. Sie erspart sich die notwendige Umstellung, lebt zu einem beträchtlichen Teil auf Kosten der ausgesaugten Industriearbeiterschaft und schreit weiter um Hilfe.

Der Arbeiterschaft droht eine neue Lohnabbauwelle. Die Sozialversicherung ist in Gefahr, denn bei einer Verschlimmerung der Krise werden alle Voranschläge umgeworfen. Das Gebiet der Not wächst. Das Gespenst des Hungers ist wieder lebendig geworden. In den exklusiven Kurorten und Klubs aber wird kein Pfennig weniger ausgegeben.

Welche Aussichten hat dieser Kapitalismus? Gelegentlich zeigen sich kleine Ansätze zu einer Besserung. Die Kurse an der Börse ziehen um einige Punkte an, die Weltrohstoffpreise steigen etwas — und beide fallen auch wieder. Dem Krebschaden der Wirtschaft, den Monopolen, die die Preise künstlich hochhalten, und die Erzeugung drosseln, ist man noch nicht beigekommen.

Der Kapitalismus verfügt über einen Mechanismus der Selbstheilung. Es kann sein, daß dieser Mechanismus auch diesmal noch arbeitet, die Krise überwunden wird und eine neue kapitalistische Konjunktur einsetzt — die wieder in eine neue, größere Krise münden muß. Wenn die Selbstheilung schon diesmal versagt, dann muß der Kampf um das Wirtschaftssystem geführt werden.

Dieser Kampf wird und muß in Deutschland andere Formen annehmen als in Rußland. Die demokratische Republik ist eine andere Basis für den Klassenkampf als die zaristische Gewalt Herrschaft. Die erste Aufgabe der Arbeiterschaft muß die Erhaltung dieser demokratischen Republik gegen jeden Versuch eines gewaltsamen Umsturzes sein. Auf dieser Grundlage kann der Kampf um die öffentliche Meinung geführt werden. Die entscheidenden Schichten des deutschen Volkes müssen einsehen, daß der Sozialismus ganz neue Möglichkeiten erschließt.

Die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus besteht vor allem in folgender Tatsache:

An die Stelle der Selbstregulierung der Wirtschaft, die uns von einer Krise in die andere führt, tritt die Planung, die einen steten Aufstieg der Wirtschaft entsprechend dem technischen Fortschritt sichert.

An die Stelle der kapitalistischen Rationalisierung tritt die sozialistische Rationalisierung. Im kapitalistischen System bedeutet Rationalisierung Sonderprofite für die Unternehmer, Entlassung für die Arbeiter, Kaufkraftschwund für die Ge-

samtheit und Stockung der Wirtschaft. Im sozialistischen System bedeutet Rationalisierung Steigerung des Reallohnes und Verkürzung der Arbeitszeit. Gleichzeitig wird der technische Fortschritt in der sozialistischen Wirtschaft planmäßig auf das Höchstmaß gesteigert werden.

Die Planwirtschaft sichert nicht nur die volle Ausnutzung der Produktionsmittel, sondern auch die volle Ausnutzung der Arbeitskraft. Die Verschwendung von Arbeitskraft geht im Kapitalismus weit über die bloße Zahl der Arbeitslosen hinaus. Millionen der Beschäftigten leisten unnütze Arbeit oder selbst schädliche Arbeit. Während ein einzelner kapitalistischer Betrieb in der Regel gut durchorganisiert ist, ist unser „volkswirtschaftlicher Betrieb“ völlig verlottert, überorganisiert und falsch organisiert. Im Handel verteuern viele hundertausend überflüssig Beschäftigte nur den Umsatz. Die Landwirtschaft könnte die gleiche und selbst eine weit größere Leistung mit einem viel geringeren Einsatz von Arbeitskraft erzielen.

In der Industrie sind zehntausende von Direktorenstellen überflüssig. Sie ist in Wirklichkeit mehr überbürokratisiert als selbst ein schlecht verwalteter Staat.

Ein weiterer großer Vorteil der Sozialisierung wäre die Umstellung auf gute Massenfabrikation an Stelle der heutigen Zersplitterung in Luxus- und Schundfabrikation.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften wollen den Sozialismus. Sie wollen ihn, wenn es irgendwie geht, ohne Krieg und ohne schwerste innere Unruhen. Krieg und schwere Formen des Bürgerkrieges würden die Aufbauarbeit außerordentlich erschweren.

Ob der Kapitalismus noch einmal über den Berg kommt oder nicht — die Arbeiterschaft muß bereit sein. Bereit zur Abwehr gegen den Faschismus und bereit zum Angriff für den Sozialismus. Wenn das kapitalistische System keine Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben mehr läßt, muß es verschwinden. Über die Not der Gegenwart hinweg winkt uns die sozialistische Verheißung.

## Eine Kritik des modernen Kapitalismus

Mr. W. Sims, Auslandsredakteur der Howard-Presse, hat eine Reihe von Artikeln geschrieben in einer Newyorker Abendzeitung, die schrecklicher zu lesen sind als eine trübselige Novelle oder ein Detektivroman. Diese Artikelserie nennt sich „Der Weg zu besseren Zeiten“. Das Ganze ist ein Appell für die Wiederanerkenntnis des internationalen Kapitalismus, mit dem Kapitalismus der Vereinigten Staaten als Führer. D. h. entweder Führung unter dem Kapitalismus oder Krieg mit dem Ausgang, daß der Sozialismus eventuell das Endziel ist. Das erinnert uns daran, daß Karl Marx vor 80 Jahren schrieb: „Das Gespenst des Kommunismus taucht in ganz Europa auf.“ Heute ist es sogar schon in die Vereinigten Staaten gezogen und geistert in den Artikeln des W. Sims. Einige seiner Artikel sind direkt erschütternd zu lesen, teilweise aber auch begeisternd. Noch niemals zuvor stand die Welt einer solchen Situation gegenüber wie heute. Nationalökonomien stimmen darin überein, daß die Nationen früher niemals voneinander so abhängig gewesen sind von der Prosperität, wie jetzt. In vergangenen Zeiten sind die Nationen durch eigene Anstrengung aus dem Niedergang herausgekommen, heute aber bilden sie eine hochkomplizierte Maschine. Wenn eine Nation rückwärts geht, gehen alle rückwärts. Daß etwas im kapitalistischen System falsch ist, gibt jeder zu. Ein Heilmittel, welches wirklich helfen soll, muß darum die Wurzeln des Übels angreifen, welches jetzt die ganze Welt in Unruhe hält. Henry Ford sprach von der Familie der Nationen, sonst wird es keinem Lande gut gehen. Geschäftsführer und ausländische Staatsmänner sagen dasselbe und sehen gemeinsam nach Amerika. Die größte, mächtigste und einflußreichste Nation von allen heute . . . um den Weg zu zeigen.

Mr. Sims zweiter Artikel behandelt nun „Die Welt im Angesicht des Chaos“. Unglückliche Möglichkeit eines Krieges. Dann politische und wirtschaftliche Unruhe von heute in Europa, Asien und Afrika, welche das stärkste Gift sind für die Geschäftswelt wie Industrie, Kredit, Beschäftigung und Prosperität. Hier muß durch internationale Eingreifen etwas getan werden, um den Kriegszählungen ein Ende zu machen, wenn die Prosperität wiederkehren soll. Neunundzwanzig Nationen bilden den Völkerbund in Genf, aber wenig kann getan werden, solange Amerika, die Schlüsselnation der Erde, davon fern bleibt. Aber die Furcht, der Argwohn und die Unsicherheit berührt alles und verhindert die Wiederkehr der Prosperität, und daß die Straßen der Städte von den Arbeitslosen, die Schlammgestehen, befreit.

In einem dritten Artikel verweist Mr. Sims darauf, daß 100 Billionen Dollar nach Anlage beteln geht. China und andere bevölkerte und andere unentwickelte Länder warten auf die „gütigen“ Hände des Kapitalismus, um ihren Lebensstandard etwas zu erhöhen. Dies würde ein

Markt sein für alle Nationen und ein Ausweg für ihre Überproduktion.

Ein vierter Artikel beschäftigt sich damit, daß es Krieg bedeutet, wenn seine Vorschläge fehlgehen. Seine weiteren Artikel erschöpfen sich in den bereits angeführten Argumenten. Wir ziehen darum diese Beweise zusammen und schlußfolgern: wenn nicht die Angst vor dem Sozialismus wäre, würden wir richtig mitten in einem neuen Weltkrieg sein. Wir zweifeln, daß China oder Indien, von Rußland gar nicht zu reden, die Ausbeutung durch andere Nationen freundlich aufnehmen würden. Was wahrscheinlich wäre, würde ein Bund der großen Nationen sein, um die kleinen Nationen auszubeuten. Wir fassen Mr. Sims Beweise dahin zusammen, daß der Kapitalismus unheilbar krank ist. Er ist verbunden mit seiner eigenen erblichen Schwäche. Der Kapitalismus ist zu sehr mit seinem Profit beschäftigt, er hat weder Auge noch Ohr für soziale Güter. Und deshalb muß er untergehen und einem besseren System Platz machen.

R. S.

## Dem Kollegen Kristof

Wieder hat der Tod einen Kollegen aus unsern Reihen herausgenommen, der durch seinen Eifer, seine Opferfreudigkeit und seine Solidarität große Verdienste um die Kollegenschaft sich erworben hat. Es ist der Münchener Kollege, Steindruckere Vincenz Kristof, der dem ewigen Wechsel der Natur seinen Tribut zollen mußte.

Kollege Kristof hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. Geboren am 27. März 1877 in München, findet er als junger Gehilfe 1894 schon den Weg zum Verband. Er wird tätiges Mitglied und bald mit Funktionen betraut, die er nach besten Kräften zu erfüllen sucht. Besonders die finanziellen Obliegenheiten des Verbandslebens ziehen ihn an und so wird er zum Finanzminister der Mitgliedschaft München erkoren, der er auch eine kleine Ewigkeit bleibt. Im Funktionärkörper des Verbandes war allgemein bekannt, daß Kollege Kristof ein anerkannt tüchtiger Kassierer war. Wir stellen das besonders gern einmal heraus, weil nicht selten die äußerst wichtige Arbeitsleistung eines Kassierers für das Wohlergehen des Verbandes von den Kollegen ein wenig verkannt wird.

Mehr als 25 Jahre hat der Kollege Kristof als Funktionär sich für die Interessen der Kollegen eingesetzt. Er hat also seinerzeit für die Kollegen alles getan, was einem überzeugten freien Gewerkschafter zukommt. Dafür sagen wir ihm an seiner Bahre Dank mit dem Gelöbniß, seiner nicht zu vergessen. Wir werden das Wirken des Kollegen Kristof stets im Gedächtnis behalten und ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

## Nachtbackverbot und Brotpreis

Die infolge der Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise in fast allen Städten eingetretene Erhöhung des Brotpreises hat erneut die Frage des Nachtbackverbotes aufgerollt. Von Interessentenkreisen wird behauptet, daß das Nachtbackverbot das Brot wesentlich verteuere. Besonders die Brotfabriken erklären, daß, wenn sie in drei Schichten arbeiten könnten — also auch des Nachts — sich das Brot wesentlich billiger stellen würde.

Wie der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in einer Pressebesprechung nachweist, treffen alle diese Behauptungen nicht zu. Das Brot wird noch zu zirka 92 Proz. in Kleinbäckereien hergestellt. Die Gesamtproduktion an Backware betrug im Jahre 1928 zirka 2860 Millionen RM. Die Brotfabriken und Konsumvereinsbäckereien sind am Gesamtwarenumsatz mit zirka 312 Millionen RM. = 11,6 Proz. beteiligt. Die Großbrotproduktion beträgt in diesen Betrieben nur 65 Proz. der Backwarenproduktion. Der Rest entfällt auf Weißbäckerei, Konditorei und sonstige Nebenabteilungen (Zwieback-, Kekse-, Nudel-, Paniermehlfabrikation). Die Betriebe, die für einen Dreischichtenbetrieb in Frage kommen, sind mit rund 190 Millionen RM. an der Gesamtbackwarenproduktion beteiligt, an der Großbrotproduktion sogar nur mit 4,3 Proz.

In Deutschland sind zirka 600 Konsumbrotbäckereien und Brotfabriken vorhanden. Von diesen Betrieben kommen für einen Dreischichtenbetrieb jedoch nur 81 Betriebe in Frage. Alle anderen Betriebe beschäftigen weniger als 20 Personen beim Backwarenprozeß, die nach dem heutigen Stand der technischen Einrichtungen notwendig sind, um rationell arbeiten zu können. Bei weniger Personen würde ein größerer Leerlauf eintreten, als heute durch die achtstündige Nachtruhe.

Von einer Verteuerung des Brotes durch das Nachtbackverbot kann also keine Rede sein. Es trifft auch nicht zu, daß die Großbetriebe in ihrer Entwicklung gehindert sind. Festgestellt ist, daß die heutigen Betriebsanlagen nicht annähernd ausgenutzt werden. Daß wegen des Nachtbackverbotes kein schmackhaftes Roggenbrot hergestellt werden kann, da die Zeit zu einer ordnungsgemäßen Sauerteigführung zu kurz sei, kann auch gar von keinem Nichtfachmann behauptet werden. Jede Lockerung des Nachtbackverbotes, jedes besondere Zugeständnis an eine kleine Zahl von Betrieben bringt das Nachtbackverbot in Gefahr.

# Wirtschaftsgeographie und Statistik aus der Papierindustrie

## II.

In Bayern sind nur zwei größere Zellstoffwerke, in Redenfelden an der Prien, südlich Rosenheim, und in Schrobenhausen an der Paar; Regensburg und Kehlheim haben nur Klein- bis Mittelbetriebe.

Rosenthal an der Saale hat für Thüringen die größte Bedeutung für Zellulose-Industrie.

In der Provinz Sachsen an der schiffbaren Saale und nahe der mitteldeutschen Braunkohlenlager liegen in Weißenfels, Merseburg und Halle-Cröllwitz große Unternehmen.

Das sächsisch-bräunlich-schweizisch-anhaltische Gebiet entbehrt jeder Zellstoffherstellung. Das ist natürlich sehr bezeichnend. Wir sehen gerade hier in Mitteldeutschland daß günstige Verkehrsverhältnisse, billigere Kraft (Kohlenorientierung) und reichhaltiges Vorkommen von Wasser, nicht allein den Standort dieser Industrie bilden können, wenn der Rohstoff nur mangelhaft vertreten ist oder sogar ganz fehlt. Lange und schwierige Transportwege verteuern die Produkte.

Eine viel, viel ungenauere Orientierung hat die Papierindustrie. Sie hat eine viel allgemeinere Verbreitung als die Holzmasseindustrie, ist aber in mancher Beziehung auch rohstofforientiert. Als zweites ist sie absatzorientiert. Dichtbesiedelte Gebiete, Städte, große Städte mit Nachbargebieten und die Industriegebiete treten als Brennpunkte auf, ferner Universitätsstädte und die großen Buchverlagsstätten Berlin, Leipzig und Stuttgart sind standortbildend gewesen.

Auch in der Papiererzeugung dominiert Sachsen. Aus der Verknüpfung von geschichtlichen und geographischen Tatsachen heraus wurde gerade dieses Land Standort dieser Fabrikation. Im Mittelalter haben wir eine Ausbreitung der Papierbereitung aus Textilfasern von Südwestdeutschland nach Mitteldeutschland. Man erkennt hierbei diese schon anfangs erwähnte Strömung der geistigen Kultur von West nach Ost. Die Reformation, die Entwicklung der Leipziger Messe und Leipzigs liberale Zensurvorschrift beschleunigte diesen Prozeß. Der Bedarf Sachsens an Papier stieg. Die damals vorhandenen Papierfabriken waren absatz- oder rohstofforientiert. Ferner kam wegen hohen Wasserverbrauchs die Lage an Gewässern und Nutzung der Wasserkraft in Frage. Diese Mühlen konnten infolge Rohstoffmangels der Nachfrage nicht Genüge leisten. — Dann kam die Erfindung des Holzschliffes durch Webermeister Gottlob Keller aus Hainichen in Sachsen, und schon änderten sich die Standortbedingungen. Als einziges blieb die Konsumorientierung erhalten. Deshalb stellten sich eine große Anzahl von Papiermühlen an alten Orten auf diese neue Herstellungsweise um. Dresden, Bautzen und Kospuden bei Leipzig erhielten sich ihren alten Ruf. Gesicherter Absatz und die vorhandene Arbeiterschaft garantierte den Bestand dieser Betriebe. Jedoch die großen Waldgebiete in Deutschland rückten nun auf Grund der Weiterentwicklung des Gewerbes in den Vordergrund. Diesen Erfordernissen konnte Sachsen mit seinem Wald- und Wasserreichtum Rechnung tragen. Große Papierfabriken mit über 100 Arbeitern befinden sich an der Mulde in Pauschwitz bei Trebsen, Golzern bei Grimma; an der Zwickauer Mulde in Penig, Rochsburg, Herrnsdorf, Remse, Krossen bei Zwickau, Wildenfels, Langenbach, Niederschlema (über 200 Arbeiter), Griebach (im Zuflugsgebiet) und Neidhartsthal. Im Flußgebiet der Zschopau haben wir größere Werke in Frolnau an der Selma bei Annaberg und Plattenthal, ferner in Schlöbchen Porschendorf, Kriebstein, Kriebethal sowie Einsiedel bei Chemnitz. An der Flöha und ihren Zuflüssen liegen Borstendorf und Grünhainichen sowie Görsdorf und Wernsdorf. An der Freiburger Mulde sind die Orte Weißenborn und Nossen und an der Weiseritz die Orte Klingenberg und Hainsberg mit größerer Papiererzeugung. Weitere Fabriken mit über 100 Arbeitern gibt es in Heidenau an der Elbe und Kottwitz im Müglitztal sowie in Hütten an der Biela bei Königstein, in Robschütz bei Meißen an der Triebisch gelegen, rechtselbisch in Copitz bei Pirna sowie in Sebitz und Bautzen.

Betrachten wir das eben Gesagte auf der Karte, so kommt ganz deutlich zum Vorschein, die Rohstofforientierung und Konsumorientierung: Dresden und Leipzig, die Hauptabsatzmärkte liegen nahe, die Dichtezentren sind leicht zu beliefern. Leipzig erhielt im Jahre 1925 auf der Eisenbahn 72 000 t Papier aus Sachsen. — Ferner haben wir es mehr mit Mittel- und Großbetrieben zu tun. Gewöhnlich verfügen diese über einige Holzschleifereien im Gebirge. Der bevorzugteste Standort für Papierfabriken vor allem ist der Durchbruch durch das Granulitgebirge, da die Wasserkraft hier ihren Höchstbetrag überhaupt erreichen, so zu Penig, Kriebethal, Mittweida usw. Trotzdem kann die Wasserkraft die Erzeugung der Energie nicht mehr decken, da das Trocknen des Papiers eine große Menge Brennstoff verbraucht. Der Bedarf an Kohle übersteigt das Ge-

wicht der Hälfte des erzeugten Papiers. Dieser kolossale Bedarf zwingt zur Kohlenlagerorientierung oder Orientierung nach Wasserstraßen, um billige Transportmöglichkeiten für Brennstoff zu haben.

Die nordrheinisch-westfälischen Papierfabriken sind teils rohstoff-, teils absatz- aber auch wasserstraßenorientiert. Für dieses Gebiet gilt am besten der Satz: Eine Industrie zieht die andere an. Das dichtbevölkerte rheinisch-westfälische Industriegebiet mit seinen zahlreichen Großstädten hat naturgemäß einen großen Papierkonsum. Dieser große Papierbedarf wird nun gewiß nur teilweise von den großen Papierfabriken in Neuß bei Düsseldorf mit über 300 Arbeitern, in Düsseldorf mit 200 Arbeitern, in Elberfeld, Reisholz, Benrath, Solingen, Bergisch-Gladbach mit über 300 Arbeitern, und weiter östlich in Kabel, Höcklingsen und Arnsberg (mit je über 100 Arbeitern) gedeckt. Linksrheinisch treten dann im Aachener Industriegebiet größere Werke auf, in Jülich (über 200 Arbeiter), Koslar, Merken, Düren (über 200 Arbeiter), Hogen, Gürzenicher Mühle bei Düren, Minden, Kreuzau und Zerkall.

Auch in Schlesien liegen größere Gebiete. Rohstofforientiert sind die in den Gebirgen und den Wäldern, nahe der Holzschleifereien gelegenen, wie Petersdorf, Kunnersdorf, Hirschberg, Straupnitz, Eichberg, Lomnitz, Birkigt, Jannowitz, Muhlendorf, Rothfest usw. Konsumorientiert, und wegen der Ausnutzung der Wasserkraft an Wasserstraßen liegend, sind die Papierfabriken von Kosel, Blechhammer, Schloß Krappitz (über 200 Arbeiter), Sakrau, Maltsch, Haynau und Oberleschen. Am Bober ist noch Sagan und an der Görlitzer Neiße Priebus zu nennen.

In Süddeutschland fallen zwei stark konsumorientierte Gebiete auf, erstens das Mannheim-Ludwigshafener, mit bedeutenden Werken in Kostheim, Mannheim (über 200 Arbeiter), Bensheim, Schaffenburg, Neidenfels, Sarnstall und zweitens das Karlsruher Gebiet mit Heilbronn, Gemmingheim, Niefern, Ettlingen, Dill-Weibenstein, Gernsbach, Wildbad, Weisenbach, Oberkirch und Gengenbach. Außerdem sind beide Gebiete noch rohstofforientiert, und es stehen Wasserkraft, klares reines Wasser und natürliche Verkehrswege zur Verfügung, um eventuellem Rohstoffmangel durch billigen Transport ausgleichen zu können.

Im südlichen Schwarzwald sind die Orte Neustadt und Albruck am Rhein zu nennen. Rohstofforientiert sind ebenfalls die Fabriken an den Zuflüssen des Bodensees, wie Balenfurt und Mochenwangen sowie an der Donau in Scheer. Dagegen absatzorientiert ist das Gebiet um Stuttgart mit größeren Werken in Dettingen, Oberleuning, Salach, Eislingen, Neukochem und Unterkochem.

In Oberbayern werden die Papierfabriken spärlicher. Seltmans, Hegge, Schongau, Neumühle, Louisenthal, Redenfelden, Bruckmühl, Gauting, Dachau, Augsburg, Schrobenhausen haben größere Betriebe. In Alling an der Laaber bei Regensburg und Taisnach am Regen im böhmisch-bayrischen Wald sowie Forchheim an der Regnitz sind die größten Papierfabriken Mittel- und Nordbayerns.

Mitteldeutschland hat einige wenige absatzorientierte Großbetriebe in Bitterfeld, Muldenstein und Kalbe.

Die rohstofforientierten Betriebe Thüringens finden sich in Rosenthal, Blankenburg, Preßwitz, Greiz, Fockendorf sowie im westlichen Thüringen in Wernshausen. In der Provinz Sachsen gibt es in Weißenfels (über 200 Arbeiter), Merseburg, Ammendorf-Radewell, Wehlitz und Halle-Cröllwitz konsumorientierte Betriebe.

Die Pappenfabrikation ist sehr stark absatzorientiert und häuft sich dort, wo Absatz für Kartonnagen winkt, z. B. in den sächsischen und rheinländischen Textil- und Konfektionsgebieten. So beliebt Zerkall das linksrheinische Industriegebiet; Bergisch-Gladbach, Düsseldorf (über 200 Arbeiter), Langenberg mit über 100 Arbeitern beliefern das rechtsrheinische Textilindustriegebiet.

Schlesien zeichnet sich nur durch Muskau in der Heide und Sakrau an der Oder sowie Petersdorf bei Schreiberhau in der Pappenfabrikation aus.

In Süddeutschland ist Obertroth im Schwarzwald für das Pforzheimer Industriegebiet, Gengenbach für Offenburg und Gemmingheim für Stuttgart bedeutend in der Pappenfabrikation. Kleinere Betriebe sind vielfach Holzschleifereien angegliedert.

In Mitteldeutschland hat nur Bitterfeld eine größere Pappenfabrikation, kleinere Betriebe trifft man im Harz an, gebunden an Holzschleifereien. Auch Thüringen hat mehrere Kleinbetriebe, die die lokale Spielwarenindustrie versorgt. Zwei größere Werke finden sich im Industriegebiet, so in Weißenfels und Wehlitz, hart an der sächsischen Grenze.

Die sächsische Industrie ist auch bei der Pappenerzeugung am stärksten beteiligt, jedoch herr-

schen Kleinbetriebe und Mittelbetriebe vor. Orte mit mehreren Klein- und Mittelbetrieben sind Göritzheim an der Chemnitz (3), Thalheim an der Zwönitz (3), Auerbach an der Göltzsch (2), Wolfersgrün am Bnokertsbach bei Kirchberg, Rittersgrün am Pöhlwasser südlich Schwarzenbergs (2), Pöhl (2), Raschau an der Mittweida (2), Mittweida-Markersbach bei Scheibenberg (8), Wildenaubach bei Schwarzenberg (4), Elterlein (2), Walfersdorf an der Zschopau (2), Oberschaar (2), Geyersdorf (2) am Pöhlbach bei Annaberg, Streckewalde (2) bei Wolkenstein, Niederschmie-deberg (2), Glashütte (2), Langenhennersdorf (3), Mittelndorf (2) an der Kirnitzsch, Polenz (2) bei Neustadt an der Polenz und Schmiedefeld (2) an der Weßnitz.

Großbetriebe mit über 100 Arbeitern sind in Dreiwippen und Schlöbchen Porschendorf an der Zschopau, in Bockau, nahe der Zwickauer Mulde, in Heidenau an der Elbe und in Liebenthal bei Pirna.

Der Gang durch Deutschlands Papierindustrie ist beendet. An den vielen angeführten Standorten, sei es der Holzschleifereien, der Zellulosefabriken, der Papier- oder der Pappenfabrikation, erkennt man deutlich die geographische Standortbedingung der Industrie. Rohstofforientierung und Lage an verkehrsgünstigen sowie kraftspendenden Wasserläufen sind die stärksten Faktoren der Papierindustrie. Wesentlich unwichtig erscheinen in neuerer Zeit Konsumorientierung und Orientierung nach Kraftquellen, wie Braunkohle, Steinkohle usw.

Über die Bedeutung der deutschen Papierindustrie im deutschen Wirtschaftsleben unterrichtet uns aber am besten das statistische Zahlenmaterial.

### Die Holzstoffherzeugung der wichtigsten Länder im Jahre 1931 und 1925.

Land:	Europa			Asien		Amerika	
	Dschl.	Schwed.	Norw.	Finnl.	Japan.	Kan.	Ver. St.
1913 Mill. t	1,5	1,1	0,5	0,1	0,05	0,7	2,5
1925 Mill. t	1,6	1,8	0,6	0,4	0,4	2,5	3,7

### Erzeugung von Papier, Zellstoff, Holzstoff und Pappe in Deutschland 1925.

	Papier				Zellstoff				Holzstoff				Pappe			
	1925	1924	1923	1922	1925	1924	1923	1922	1925	1924	1923	1922	1925	1924	1923	1922
davon Preußen	43	47	31	55	31	31	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
davon Sachsen	27	13	40	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
and. dtsche. Staat.	30	40	29	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20

### Über Betriebe und beschäftigte Personen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Papiererz. Betriebe	Personen	Beschäftigte Personen		Handwerker u. Fabriksehrh.
		insgesamt	dav. sind	
zusammen	1523	101 162	19 178	550
Holzschleif. 515		10 500	871	18
Zellstoffherstellg. 98		18 358	1 643	39
Papierherstellg. 468		57 750	13 280	388
Pappeherstellg. 442		14 554	3 384	105

### Hauptberuflich Erwerbstätige der Papiererzeugung 1925:

Selbständige	Angestellte und Beamte		Arbeiter	Mittelhandl. Familienmitgl.		Berufszugehör. (Erwerbstätige u. Angehörige)		Insgesamt	
	dav. überh.	weibl. überh.		dav. überh.	weibl. überh.				
1830	122	12 626	2344	112 685	26 446	82	60	275 374	127 223
Jährliche Produktion in t									
Holzschl.	1912	1913	1924	1925	1926	1927	1928	2923	
Zellstoff	674 000	574 600	736 700	726 600	817 600	817 600	837 200		
Papier	839 400	731 000	913 400	970 600	1 072 600	1 149 100			
Pappe	1611 000	1 337 000	1 792 000	1 668 000	2 098 000	2 105 000			
	370 000	277 000	366 000	329 000	434 000	442 000			

### Wie ist nun das Verhältnis der Ein- und Ausfuhr?

Herstellungsland	Mengen in t		Werte in Mill. RM.	
	1927	1928	1927	1928
Tschechoslowakei	360 455	261 773	12,94	10,14
UdSSR.	88 899	136 763	3,8	5,98
Polen	848 911	981 917	26,84	32,31
Österreich	113 705	104 264	3,92	3,91
Litauen	40 627	109 093	1,06	2,81
Finnland	441 037	612 791	16,51	25,61
Insgesamt:	1911 476	2 259 079	65,84	80,64

### Ausfuhr von Holz zu Holzmasse.

Insgesamt:	16 893	18 496	0,49	0,59
------------	--------	--------	------	------

### Einfuhr von Holzschliff, Zellstoff usw. (Mengen und Werte wie oben).

Herstellungsland	1927		1928	
	Menge	Wert	Menge	Wert
Finnland	33 224	48 490	8,13	11,85
Tschechoslowakei	34 590	32 243	8,14	7,95
Schweden	29 574	43 077	7,71	10,07
Norwegen	6 750	17 344	2,40	4,14
Insgesamt:	129 735	168 404	32,35	42,36

**Ausfuhr von Holzschliff, Zellstoff usw.**

Bestimmungsland				
USA.	48 469	61 292	13,05	16,57
Frankreich	25 505	41 329	7,31	11,39
Großbritannien	49 602	39 771	13,27	9,12
Belgien-Luxembg.	11 788	23 833	3,25	6,39
Insgesamt:	201 267	244 231	55,68	64,84

**Einfuhr von Papier und Papierwaren.**

Bestimmungsland				
Finnland	4 792	6 917	2,13	2,94
Schweden	5 757	6 074	3,12	3,45
USA.	2 086	2 795	2,56	3,44
Norwegen	1 982	2 458	0,91	1,18
Insgesamt:	25 526	30 109	22,90	28,95

**Ausfuhr von Papier und Papierwaren.**

Herstellungsland				
Großbritannien	95 981	91 515	60,87	61,22
Niederlande	74 035	77 732	44,99	48,21
Frankreich	51 250	58 961	16,85	20,42
Argentinien	55 009	43 727	25,48	21,38
Insgesamt:	498 903	513 195	338,81	366,39

Zum Schluß werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Bedeutung der sächsischen Papierindustrie. — In Sachsen sind 34,1 Proz. der Betriebe und 27,2 Proz. der Arbeiter der Papierindustrie des Reiches ansässig (absolute Zahlen: 379 Betriebe mit 31 202 Personen). Der Anteil Sachsens an der Produktion des Reiches beträgt 32 Proz. der Menge und 26 Proz. dem Werte nach, sehr groß ist die Druckpapiererzeugung mit 40 Prozent. Die Herstellung von Kunstdruckpapier, holzhaltigem Schreibpapier und Karton ist ebenfalls bedeutend. Im Jahre 1925 wurden 350 000 t im Gebiet des Freistaates Sachsen mit der Eisenbahn befördert. 517 000 t Papier gingen aus dem Lande hinaus, dagegen wurden 184 000 t eingeführt. Sehr große Mengen gehen von Sachsen nach Berlin, welches für seine Druckereien und Tageszeitungen und als bedeutendster deutscher Bücherproduzent einen hohen Bedarf hat. Sachsen deckt von der Einfuhr jährlich 45 Proz. Neben Mitteldeutschland kommt noch Nordwest-

deutschland als Verbraucher in Frage. Zumeist Selbstversorger ist Ostdeutschland mit seinem geringen Bedarf. Einen wesentlichen Teil der sächsischen Ausfuhr nimmt Hamburg auf, um denselben nach Übersee weiterzuleiten. Auf dem Elbwege gingen im Jahre 1925 153 000 t und 26 000 t mit der Eisenbahn nach Hamburg. W. N.

**Ein Vergleich**

In Nr. 43 der „Gr. Pr.“ vom 25. Oktober 1929 brachten wir unter „Verband und Beruf“ einen Aufsatz betitelt „Unter der Lupe“, der zu einigen gewerblichen Vorgängen Stellung nahm. Der erste Teil, der die Stichmarke „Sumpfblassen“ trug, veranlaßte Herrn Direktor M. Belohláwek Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. In der Hauptverhandlung kam es zu folgendem Vergleich:

„Herr Ronnger erklärt, er habe sich überzeugt, daß die in dem Artikel unter der Überschrift „Unter der Lupe“, in Nr. 43, 42. Jahrgang der „Graphischen Presse“ vom 25. Oktober 1929 enthaltenen Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen.

Herr Ronnger bedauert, den Artikel aufgenommen zu haben und übernimmt die Gerichtskosten und die außergerichtlichen Kosten des Herrn Belohláwek.

Er verpflichtet sich, bis zum 5. Juni 1931 eine den Vorschriften § 11 Pressegesetz entsprechende Berichtigung in der „Graphischen Presse“ zu bringen.

Was hiermit geschehen ist.

**Adressenänderungen**

1. Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler und Unterstützungsauszahler (siehe „Graphische Presse“ Nr. 13 vom 27. März 1931).  
**Gladbach-Rheydt:** A.-E. Chemigr., Licht- und Tiefdr.: Wilhelm Baues, M.-Gladbach-Neuwerk, Hovenerstraße 27.  
**Herford i. Westf.:** U.-A.: Walter Schwarz, Lübbenerstraße 28.

**Hildesheim:** U.-A.: Josef Fischer, Keßlerstr. 37 pt.  
**Königsberg i. Pr.:** A.-E.: Walter Sieg, Drummstraße 10a.

**LLüneburg:** U.-A.: Heinr. Grabe, Köppelweg 4, II.  
**Mainz:** A.-E. u. U.-A.: Fritz Kehl, Mainz-Kastel, Frankfurter Straße 11, II.  
**Trier a. d. M.:** A.-E.: Max Weiland, Tyrsusstraße 126, I.

**Internationale Adressen:****Holland:**

A.-E. u. Nachweis: H. Geerling, Amsterdam Z., Vselstraat 75, II.

**Österreich:**

**Innsbruck:** A.-E. Albin Liebetrau, Innsbruck, Schubertgasse Nr. 3, I.  
 U.-A. Rudolf Pokos, Innsbruck-Hötting, Schneeberggasse Nr. 21, I.

**Vom Büchertisch**

**Marx-Engels und der kapitalistische Staat.** Herausgegeben von Paul Kampffmeyer und I. P. Mayer. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 50 Pf.

Die Reihe der „Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher“ wird jetzt durch dieses Heft fortgesetzt. Das von gewisser Seite gefälschtes Bild von dem Verhältnis des Staatstheoretikers zum Politiker in Marx und Engels wird durch ein bisher nicht bekanntes Marx-Manuskript und durch andere ausgewählte Texte aus den Schriften von Marx und Engels wieder richtiggestellt. Überflüssig, zu sagen, wie interessant es ist, heute sich in diese Gedankengänge über den Staat, über Revolution und Putschismus zu vertiefen und die angeblichen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis zu betrachten.

**Inhaltsübersicht**

**Hauptteil:** Die Gewerkschaften gegen die Verstückelung der Sozialversicherung. / Niedergang des Kapitalismus — Aufstieg des Sozialismus. / Eine Kritik des modernen Sozialismus. Dem Kollegen Kristof. / Nachtbackverbot und Brotpreis.

**Verband und Beruf:** Wirtschaftsgeographie und Statistik aus der Papierindustrie. II. Ein Vergleich. / Adressenänderungen. / Vom Büchertisch. / Den Toten zum Gedächtnis. / Anzeigen.

**Den Toten zum Gedächtnis!****1931.**

† Am 14. Februar in Koblenz a. Rh. **Peter Rieck**, Steindruckers aus Lannesdorf b. Godesberg, 23 J. alt, durch Unfall. — Eingetr. in Bonn am Rhein am 31. Januar 1926 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 1. Oktober 1922).

† Am 29. März in Berlin **Karl Schäfer**, Lichtdrucker aus Leipzig, 69 J. alt, an Gehirnverkalkung. Invalide seit 1. August 1926. — Eingetr. in Dresden am 1. Januar 1895.

† Am 3. April in Berlin **Paul Redlin**, Chemigr. aus Berlin, 61 J. alt, an Darmkrebs, krank 30 W. und 4 T. — Eingetr. in Berlin am 1. Januar 1900.

† Am 7. April in Mainz **Carl Maeder**, Steindruckers aus Gotha, 53 J. alt, an Gehirnschlag, krank 4 J. (Staatsinvalide). — Eingetr. in Mainz am 2. März 1919.

† Am 8. April in Mannheim **Heinrich Rudel**, Formstecher aus Haselbach, 67 J. alt, an den Folgen eines Schlaganfalles, Invalide seit 7. März 1926. — Eingetr. in Mannheim am 3. Januar 1909 (vorher Mitglied im Zentralverein der Formstecher seit 1. August 1897).

† Am 11. April in Leipzig **Richard Bernhardt**, Steindruckers aus Gautsch b. Leipzig, 61 J. alt, an Lungentuberkulose und Arteriosklerose, krank zuletzt 11 Wochen. — Eingetr. in Leipzig am 16. April 1916.

† Am 13. April in München **Anton Baumeister**, Steindruckers aus Ingolstadt, 58 J. alt, an den Folgen einer Blinddarmoperation, krank 9 Wochen. — Eingetr. in München am 22. Juni 1902.

† Am 14. April in Essen a. d. Ruhr **Mathias Marx**, Steindruckers aus Trier-Heilighaus, 27 J. alt, an Leberleiden und Herzschwäche, krank 7 W. und 4 T. — Eingetr. in Trier a. d. Mosel am 16. Januar 1921 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 6. April 1919).

† Am 18. April in Berlin **Eugen Wunderlich**, Lithograph aus Berlin, 60 J. alt, an einer Nierenoperation, krank 42 W. — Eingetr. in Berlin am 23. Mai 1897.

† Am 21. April in Stuttgart **Albert Reimann**, Steindruckers aus Danzig, 62 J. alt, durch Unfall beim Baden (Kopfverletzung), krank 2 W. und 1 T. — Eingetr. in Stuttgart am 21. Juni 1925.

† Am 22. April in Berlin **Carl John**, Steindruckers aus Berlin, 52 J. alt, an Herzlähmung, krank 4 W. — Eingetr. in Berlin am 17. Oktober 1926.

† Am 24. April in Leipzig **Anton Werhonic**, Steindruckers aus Graz, 52 J. alt, an rheumatischem Nervenleiden, Invalide seit 17. Januar 1931. — Eingetr. in Leipzig am 11. Juni 1911.

† Am 26. April in Berlin **Friedrich Peters**, Steinschleifer aus Eichenfelde, 80 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 16. Februar 1921. — Eingetr. in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 27. April in Meißen i. Sa. **Erich Heintzsch**, Steindruckers aus Meisatal b. Meißen, 20 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden wegen schwerem Lungenleiden. — Eingetr. in Meißen am 15. Dezember 1929 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 31. Mai 1925).

† Am 27. April in Leipzig **Rudolf Werchau**, Notenstechers aus Liebertwolkwitz, 58 J. alt, an Herzleiden, Invalide seit 7. Februar 1931. — Eingetr. in Leipzig am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenstecher-Gehilfenverband seit 1. Mai 1890).

**Ehre ihrem Andenken!**

Zur gef. Beachtung? Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbendeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalia (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Vorstandsvorsitzende.**

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:  
**Druckpaste „Nürwa“, Trockenmittel „Mallouin“, (bleifrei)**  
**Schariltrockner „Ralloil“.** Seit Jahren bestens bewährt.  
**KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,**  
 Crimmitschau i. Sa., Schieferstraße 4.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschlösung** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck  
**Karl Maß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50  
 Tel. F. 8 Oberbaum 22 89

**Gesund, billig u. froh**  
 mit „Sonmland“, dem  
 vielbewundernten  
 Fallboot  
 mit dem so  
 niedrigen Preise.  
 Grafisprospekt durch  
**Sonmland-**  
 Fallbootbau - Rosenheim - Ar.


**Für Graphiker**

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von **Hans Eckstein.** (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:  
 Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschnittes — Strichätzungen — Autotypen — Galvanes und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik — Praktische Maßangaben — Die Wirkung illustrierter Inserate — Strichätzung mit Rasterkombination — Positivretusche — Farbenklischees — Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache — Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3.— RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 **Conrad Müller, Scheudnitz-Leipzig, Augustastr. 8.**